



**Ausschussdrucksache 21(22)88
vom 24. November 2025**

Stellungnahme Hetty Berg

zu TOP 1 der 11. Sitzung am 3. Dezember 2025

Deutsch-israelische Kulturbeziehungen / Antisemitismus im Kulturbereich

Schriftliche Stellungnahme

für das öffentliche Fachgespräch zum Thema „Deutsch-israelische Kulturbeziehungen /Antisemitismus im Kulturbetrieb“

in der 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 3.12.2025,
eingereicht von Hetty Berg, Direktorin des Jüdischen Museums Berlin

1. Einleitung

Das Jüdische Museum Berlin (JMB) lädt Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund ein, der jüdischen Geschichte und Gegenwart in Deutschland offen und aktiv zu begegnen. Es regt zu Reflexion und konstruktiver Auseinandersetzung an und stärkt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das JMB ist der zentrale, bundesweit wirksame Ort für das materielle und immaterielle Erbe des deutschen Judentums. Es vermittelt verlässliche Kenntnisse über jüdische Kultur und Tradition und zeigt vielstimmige jüdische Perspektiven und Standpunkte. Als physisch und digital erfahrbarer Raum setzt das Museum Gedanken und Sinne in Bewegung.

So verstehe ich unseren Auftrag als eine Institution des Bundes, das ist unsere Mission. Ich danke dem Ausschuss für Kultur und Medien für die Gelegenheit zum Thema deutsch-israelische Kulturbeziehungen / Antisemitismus im Kulturbetrieb Stellung zu nehmen.

Der 7. Oktober 2023 war eine Zäsur – nicht nur für Israelis, nicht nur für Jüdinnen und Juden weltweit, sondern für alle Gesellschaften, in den jüdische und nicht-jüdische Menschen zusammenleben. Ich will das hier nicht in Einzelheiten ausführen. Aber klar ist einerseits, dass antisemitische Vorfälle bis hin zu physischen Angriffen stark zugenommen haben, dass die politischen Spannungen bis hin zu Boykotten israelischer und jüdischer Künstler*innen, losgelöst von deren politischer Position, das Arbeiten in kulturellen Einrichtungen beeinflussen und dass jüdische Künstler*innen, Kulturschaffende und deren Publikum verunsichert sind. Andererseits bestehen viele internationale und speziell deutsch-israelische Kooperationen fort und es sind neue entstanden.

2. Deutsch-israelische Kulturbeziehungen

Jüdinnen und Jüdinnen auf der ganzen Welt haben ein besonderes Verhältnis zu Israel. Das JMB ist eine bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts und keine „jüdische“ Institution. Es beansprucht aber durchaus, eine jüdisch-deutsche Stimme in einem kulturellen Sinne zu sein, indem es verschiedenen jüdischen Perspektiven Raum gibt. Das JMB tauscht sich mit jüdischen Gemeinden und Institutionen im In- und Ausland aus.

Das JMB pflegt auf der Basis des gemeinsamen Verständnisses demokratischer Werte intensive deutsch-israelische Kulturbeziehungen, vor allem in der Kultur- und Wissenschaftsbranche. Wir achten dabei darauf, die Unabhängigkeit unserer Arbeit von politischer Einflussnahme zu bewahren. Verschiedene Abteilungen des Hauses arbeiten im Kontext der Archiv- und Bildungsarbeit, von Ausstellungen und Veranstaltungen eng mit israelischen Kolleg*innen und Institutionen zusammen. So hat das JMB beispielsweise bei der Ausstellung *Access Kafka* (2024/25) Leihgaben der National Library of Israel ausgestellt, Kunstwerke israelische Künstler*innen gezeigt, anlässlich der Ausstellung *Inventuren. Salman Schockens Vermächtnis* (2025) dessen Enkel, Prof. Hillel Schocken, zu einem Podiumsgespräch in die W. Michael Blumenthal Akademie eingeladen und 2025 den Preis für

Verständigung und Toleranz an Prof. Daniel Zajfman vergeben, den ehemaligen Präsidenten des Weizmann Institute of Science und Vorsitzenden des Akademischen Beirats der Israel Science Foundation. Das sind nur ein paar aktuelle Beispiele für eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit, auf der persönlichen wie auf der institutionellen Ebene, die seit der Museumsgründung besteht und bis heute andauert.

Das JMB lehnt Kunst- und Wissenschaftsboykotte aufgrund von Staats- oder Religionsangehörigkeit oder anderer Gruppenzugehörigkeit ab. Wir entscheiden aufgrund unserer eigenen Kriterien, wen und welche Kunstwerke und Objekte wir in welcher Ausstellung zeigen. Wir entscheiden aufgrund unserer eigenen Kriterien, wen wir zu welcher Veranstaltung einladen. Unsere Kriterien leiten wir aus unseren Werten ab: Offenheit, Unabhängigkeit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Freude und Wertschätzung. Das JMB stellt sich gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Diskriminierung.

3. Antisemitismus im Kulturbetrieb

Antisemitismus ist in vielen Gesellschaften tief verwurzelt. Der christliche Antijudaismus hat ebenso wie der im 19. Jahrhunderte entstandene Rassenantisemitismus, der sich als wissenschaftlich ausgab, in den Kulturen Europas unterschiedliche Ausprägungen angenommen – bis hin zum Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. In der Bundesrepublik Deutschland wirkte die nationalsozialistische Ideologie nach, hinzu kam nun der aus Schuld- und Schamabwehr entstandene sogenannte sekundäre Antisemitismus.

Antisemitismus gab und gibt es auch im Kulturbetrieb, teils offen, teils codiert. Der 7. Oktober 2023 offenbarte, dass die Solidarität mit Jüdinnen und Juden hierzulande keinesfalls selbstverständlich ist, nicht einmal in einer Szene, die sich ansonsten für Minderheiten, Diskriminierte und die Schwachen der Gesellschaft stark macht.

Wo auch immer uns Judenfeindlichkeit begegnet, sollten wir sie mit allen Mitteln bekämpfen. Aber wir müssen sorgfältig darüber urteilen, ob etwas antisemitisch ist. Sogar vielen jüdischen Menschen wird hierzulande zu Unrecht Antisemitismus unterstellt. Antisemitismus sollte in politischen Auseinandersetzungen nicht instrumentalisiert werden. All das macht deutlich, dass Juden der Mehrheitsgesellschaft – wieder einmal – als Projektionsfläche in einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft dienen. Doch wer einseitige Bilder von jüdischen Menschen vermittelt und sie ausschließlich als Opfer darstellt, schwächt den Antisemitismus nicht, sondern stärkt ihn. Und er steckt Jüdinnen und Juden in eine Schublade, in der sie nicht stecken wollen.

Das JMB wendet sich gegen Schubladendenken – insbesondere in Bezug auf jüdisches Leben. In unseren Ausstellungen und Programmen ist die Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus durchaus präsent. Aber wir machen jüdische Kultur in ihrer Vielfalt sichtbar – auch und gerade in dieser schwierigen Zeit. Jüdisches Leben darf nicht allein in negative Narrative gegossen werden. Zahlreiche Studien haben nachgewiesen, dass solche Darstellungen antisemitische Einstellungen verstärken. Es ist wichtig, zu zeigen, dass jüdisches Leben auch etwas Schönes, etwas Wertvolles, etwas Kraftvolles ist, auch etwas Leichtes und Lustiges. In dieser Mehrdimensionalität ist jüdisches Leben ein integraler Teil der deutschen Gesellschaft, der diese herausfordert und inspiriert. Wer jüdisches Leben in dieser Weise als etwas Selbstverständliches kennenlernt, versteht und fühlt, warum es geschützt werden muss.

Das entspricht dem Auftrag des JMB, der im Stiftungsgesetz formuliert ist: „Zweck der Stiftung ist es, jüdisches Leben in Berlin und in Deutschland, die von hier ausgehenden Einflüsse auf das

europäische und das außereuropäische Ausland sowie die Wechselbeziehungen zwischen jüdischer und nichtjüdischer Kultur zu erforschen und darzustellen sowie einen Ort der Begegnung zu schaffen.“

Das JMB leistet mit seiner Arbeit, die zu einem großen Teil Bildungsarbeit ist, einen Beitrag zur Antisemitismusprävention. Das geschieht in der Dauerausstellung, die von der Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland erzählt, in den Führungen und Workshops zu einzelnen Themen und in den Veranstaltungen der Akademie, in den Wechselausstellungen und dem vielfältigen Begleitprogramm sowie in den fröhlichen Festen im Sommer mit *Jazz in the Garden* oder zu Chanukka. So machen wir die Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens erfahrbar: indem wir jüdische Perspektiven zeigen, indem wir Menschen sich begegnen lassen, indem wir Menschen bewegen.

„Jüdische“ Kulturinstitutionen stehen unter Polizeischutz, Veranstaltungen zu „jüdischen“ Themen oder mit jüdischen oder israelischen Künstler*innen verlangen Sicherheitspersonal und Notfallpläne. Die Kosten für die physische und psychische Sicherheit sind gestiegen, das berichten Veranstalter, in deren Programm jüdische Künstler*innen auftreten oder jüdische Institutionen von ihren Veranstaltungen. Institutionen mit öffentlichem Publikumsverkehr benötigen Beratung, wie sie mit Angriffen umgehen sollen, praktische Unterstützung, beispielsweise durch externe Awareness-Teams, und physischen Schutz. Das alles braucht Ressourcen – personell und finanziell. Manche Veranstalter können sich das nicht leisten, die Veranstaltungen werden gar nicht erst geplant.

Pluralismus ist ein unverzichtbares Element unserer demokratischen Gesellschaft – er manifestiert sich unter anderem als Religions-, Kunst- und Meinungsfreiheit. Deshalb lehnt das JMB Boykotte von Wissenschaftler*innen und Künstler*innen ab: Nur das Gespräch, der Austausch bringt die Gesellschaft weiter beim Umgang mit Problemen. Umgekehrt ist es nicht hilfreich, wenn dem Gegenüber oder einem Kunstwerk leichtfertig Antisemitismus unterstellt wird. Antisemitismus darf im Kampf um die öffentliche Meinung nicht instrumentalisiert und damit missbraucht werden – das schadet dem Kampf gegen den tatsächlich vorherrschenden Antisemitismus.

4. Handlungsempfehlungen

- a) Grundsätzlich Antisemitismusprävention – wie Rassismusprävention – als Demokratieförderung verstehen und präsentieren, um keine Sonderstellung im Diskriminierungsspektrum zu schaffen; zivilgesellschaftliche Solidarität mit von Antisemitismus und jeder Art von Diskriminierung Betroffenen stärken
- b) Bildungs- und Outreachprogramme von Kulturinstitutionen zu jüdischem Leben in Geschichte und Gegenwart finanziell fördern, um Antisemitismus nachhaltig entgegenzuwirken
- c) Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Kulturbetrieb im Rahmen von Demokratieförderung stärken: Schulungsprogramme gegen Antisemitismus und zur Antisemitismusprävention für Leitungspersonal, Kurator*innen, Künstler*innen, Vermittler*innen, Medienschaffende und Öffentlichkeitsarbeiter*innen finanziell fördern; Schulungsprogramme für den Umgang mit Antisemitismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit für kulturelle Akteur*innen finanziell fördern; Beratungsstrukturen für Institutionen schaffen, die von Antisemitismus betroffen sind, und praktische Unterstützungsangebote bereitstellen
- d) Jüdische Institutionen und Kulturproduzent*innen als aktive Partner in öffentliche Diskurse einbeziehen und deren Vernetzung fördern

- e) Jüdische und israelische Kulturschaffende schützen: diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen sicherstellen, auch durch niedrigschwellig zu erreichende Ansprechpartner*innen in Institutionen
- f) Dokumentation antisemitischer Vorfälle flächendeckend und branchenübergreifend sicherstellen

5. Schlussbemerkung

Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen und Antisemitismus im Kulturbetrieb sind kein alleiniges Thema der Kulturpolitik, sondern berühren die demokratische Grundhaltung unserer Gesellschaft: Eine Demokratie braucht offene Räume, um sich ihrer selbst immer wieder vergewissern zu können. Kulturinstitutionen stellen diese Räume für einen respektvollen, pluralen Austausch bereit und dehnen sie durch künstlerische Projekte immer wieder neu aus. Für diese demokratische Aufgabe brauchen sie politischen Rückhalt – ohne dass ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt werden darf, die ja die Voraussetzung dafür ist, dass sie ihre Rolle erfüllen.